№ 1. **Sonnabend, 1. Oktober.** **1864.**

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Was wir wollen.

Wir wollen, daß jeder unserer Mitbürger, mag er in der Hauptstadt oder im kleinsten Städtchen oder im entlegensten Dorfe wohnen, sich stets bewußt sei, daß auch er nicht ein willenloser Theil, sondern ein lebendiges Glied des deutschen Volkes wie des preußischen Staates ist. Jeder soll erkennen, daß alles Gute und Schlimme, was in diesem Staate geschieht, oder was demselben von Einheimischen oder Fremden angethan wird, eine Sache ist, die ihn nicht blos *etwas*, sondern *sehr viel* angeht. Dazu soll Jeder wissen, daß er als freier und selbstständiger Mann in dem, was ihn angeht, daß er in den Dingen, die seine Person und sein Eigenthum, die sein Recht und seine Ehre eben so gut betreffen, wie die des Reichsten und des Vornehmsten, auch verlangen kann, mit seinem Worte und seiner Willensmeinung gehört zu werden. Jeder preußische Staatsbürger hat nach den Gesetzen der Vernunft und nach den Bestimmungen unserer beschworenen Verfassung eben so gut, wie die Bürger anderer freien Staaten, das *Recht*, in den Angelegenheiten seiner städtischen oder ländlichen Gemeinde, sowie des ganzen Staates *mitzurathen*, so weit nur immer seine Fähigkeit und seine Einsicht reicht. Natürlich ist dabei vorausgesetzt, daß er auch die *Pflicht* erfüllt, für das gemeine Beste *mitzuleisten* und *mitzuthun*, was in seinen Kräften steht.

Damit aber Jedermann ein selbstbewußtes und selbstthätiges Mitglied des Gemeinwesens sein könne, muß er auch die Gelegenheit haben, die Verhältnisse und Einrichtungen unseres Staates und die Dinge, die in ihm vorgehen, ordentlich und so kennen zu lernen, wie sie in Wahrheit und Wirklichkeit sich verhalten. Da wir wissen, daß diese Gelegenheit an vielen Orten leider noch immer nicht in ausreichender Weise geboten wird, so halten wir es für unsere Bürgerpflicht, nach unseren Kräften dazu beizutragen, daß diesem Mangel nach Möglichkeit abgeholfen werde. Deshalb haben wir uns entschlossen, vom 1. Oktober an allwöchentlich ein Blatt drucken zu lassen, das Jedermann zugänglich sein, und das Alles besprechen soll, was uns Alle gleichmäßig angeht. Dasselbe soll folgenden Inhalt haben:

Wir werden *erstens* alles Wichtige und Bemerkenswerthe mittheilen, was die Woche hindurch in unserem eigenen Lande und, so weit es belehrend für uns ist, auch das, was in anderen Ländern geschehen ist. Wir wollen es so erzählen, daß jeder denkende Mann auch den Zusammenhang, den Sinn und die Bedeutung des Geschehenen sich klar machen kann.

Zweitens werden wir die Verfassung und die wichtigsten Gesetze unseres Landes nach ihrem Inhalt, nach ihrer Bedeutung und nach ihren Folgen besprechen. Wir werden es mit hoffentlich klaren und deutlichen Gründen beweisen, daß unsere Verfassung, trotz einzelner Unvollkommenheiten, *doch die größte Wohlthat ist, welche unser preußisches Land unter der Regierung König Friedrich Wilhelm's IV. empfangen hat.* Aber noch heute sind die werthvollsten Verheißungen dieser Verfassung nicht erfüllt. Noch immer fehlt eine ganze Reihe höchst wichtiger und verfassungsmäßig uns zustehender Gesetze, namentlich die *Kreis- und Gemeinde-Ordnung* und das *Unterrichtsgesetz*. Ja, unsere Verfassung ist noch nicht einmal in dem Punkte durchgeführt, *auf dem doch ihre ganze Kraft und Wirksamkeit beruht*; denn noch immer können die von uns aufgebrachten Staatsgelder verausgabt werden, und werden wirklich zu vielen Millionen Thalern verausgabt, *ohne daß die von uns gewählten Abgeordneten ihre verfassungsmäßig dazu erforderliche Zustimmung gegeben haben.*

Drittens werden wir zu zeigen suchen, wie unsere Verfassung und unsere Gesetze im Ganzen und in einzelnen Fällen von den höchsten, wie von den niedrigsten Beamten, und wie sie von den Gerichten des Landes ausgeführt und gehandhabt werden müssen. Denn Jeder muß wissen, *ob Recht und Gerechtigkeit in unserem Lande immer und überall zu Ehren kommen.*

Viertens werden wir ganz offen unsere Meinung darüber sagen, ob die Kräfte und das Geld unseres

Volkes stets mit weiser Sparsamkeit und nur zu nützlichen und nothwendigen Dingen verwandt werden. Wir beklagen uns nicht darüber, daß das Heer auch in Friedenszeiten unserem Lande und jedem Einzelnen mehr Opfer kostet, als den Bürgern anderer Staaten. Denn die Lage Preußens ist noch immer so gefährdet, daß unser Volk wehrkräftiger sein muß, als jedes andere. Aber gerade um so mehr haben wir darüber zu wachen, daß nicht zum Schaden unseres Landes und damit gerade zur Schwächung unserer Wehrkraft nutzlose Opfer und Opfer zur Unzeit von uns gefordert werden. Nicht minder müssen wir verlangen, daß unsere Regierung durch Weisheit und Kraft eine solche Stellung in Deutschland erringe, daß die übrigen deutschen Staaten nicht länger sich der Pflicht entziehen können, für die Vertheidigung deutschen Landes und deutschen Rechtes dieselben Anstrengungen zu machen, zu denen wir ungezwungen stets bereit sind.

Fünftens endlich werden wir zeigen, nicht blos, ob die Regierung, sondern, was eigentlich unsere erste Sorge sein sollte, ob das Volk selbst und die Männer aus dem Volke überall ihre Schuldigkeit thun. Freilich kann es nur dann in einem Lande gerecht und vernünftig zugehen, wenn die Regierung und die Beamten ohne Stolz und Selbstsucht und weise genug sind, um im Sinne des Volkes zu denken und zu handeln. Aber sehr selten wird ein Volk eine weise und wohlwollende Regierung haben, wenn nicht die Bürger, so weit sie es irgend vermögen, selbst Theil nehmen an der Handhabung des Rechts und der Förderung des Gemeinwohls. Jeder Einzelne kann darin sehr viel mehr leisten, als man leider zu oft noch glaubt. Außerdem ist es eine unumstößliche und durch die sichersten Erfahrungen bestätigte Wahrheit, daß auch die beste und weiseste Regierung niemals die Macht hat, ein Volk glücklich zu machen, wenn dieses Volk zu unwissend oder zu träge ist, **um selbst der Schmied seines Glückes zu sein.**

Ueber diese Dinge und in diesem Sinne wollen wir zu unsern Mitbürgern sprechen, aber nicht, damit sie auf Treu und Glauben annehmen sollen, was wir ihnen sagen. Im Gegentheil, wir schreiben nur für Männer, die das, was sie lesen und hören, erst dann für wahr und gut halten, wenn sie es mit ihrem eigenen Verstande geprüft und bewährt gefunden haben. Wir wollen nur von Männern gehört werden, die zwar den Rath Anderer nicht hochmüthig verschmähen, die aber doch schließlich nur das thun, was die Stimme ihres eigenen Gewissens ihnen gebietet, von Männern also, die unter allen Umständen selbst zu denken und selbst zu handeln entschlossen sind.

Nur selbstdenkende und selbsthandelnde Männer vermögen einen freien Staat zu bilden, einen Staat, in welchem überall und nach allen Richtungen hin das Recht zur Geltung gelangt.

Politische Wochenschau.

In **Preußen** erwartete man nach der Rückkehr des Königs in seine Staaten endlich Schritte von Seiten der Regierung, welche geeignet sind, eine Beendigung des Streites zwischen der Volksvertretung und den Räthen der Krone, unter welchem unser engeres Vaterland leidet, herbeizuführen. Daß ein solcher Schritt nur von der Regierung selbst ausgehen kann, liegt auf der Hand, denn nur der König hat nach Art. 51. unserer Verfassung das Recht, die Kammern zu berufen, und nur in gemeinsamer Berathung zwischen Regierung und Kammer, nur durch Beschlüsse, welche gleichzeitig die Beistimmung der Volksvertretung und der Regierung erhalten, ist die lang ersehnte Beseitigung dieses Konfliktes denkbar. Die Nothwendigkeit dieser Beseitigung macht eine schleunige Berufung der Kammern noch in diesem Jahre höchst wünschenswerth, jedoch lassen die Mittheilungen solcher Blätter, welche von Seiten der Regierung Nachrichten zu empfangen pflegen, eine Einberufung der Kammern nicht vor dem Anfang des nächsten Jahres erwarten.

An die wiederholte Zusammenkunft, welche der König mit dem Kaiser von Rußland gehalten hat, wird sich jetzt wahrscheinlich in Baden-Baden ein Zusammentreffen mit dem Kaiser Napoleon anschließen.

Die aus dem schleswig-holstein'schen Kriege in ihre Heimath zurückkehrenden Krieger wurden allenthalben von dem Volk mit Kundgebungen empfangen, welche des Dienstes, den sie der deutschen Sache geleistet haben, würdig sind. Wenn dieser freudige Empfang durch so manche Thräne um die auf dem Felde der Ehre gefallenen Brüder getrübt wurde, wenn so manche Familie, die ihren Beschützer, ihren Ernährer verloren hat, besorgt in die Zukunft blickt, so sollte dies eine ernste Mahnung sein an das gesammte Volk, daß es seine Pflicht ist, für diejenigen, welche durch den Krieg in Noth gerathen sind, zu sorgen. Man soll aber nicht durch vereinzelte Sammlungen und Spenden, welche zwar der Wohlthätigkeit und dem Gemeinsinn der Bürger ein weites Feld zur Bethätigung desselben zu öffnen scheinen, aber doch immer nur vorübergehend und die augenblickliche Noth lindernd eingreifen können, helfen, sondern das Volk soll in seiner Gesammtheit als Staat eintreten und für eine dauernde Unterstützung Derer sorgen, welche unmittelbar durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

Nach langen Verhandlungen sind jetzt endlich sämmtliche Staaten, die seither dem Zollverein angehört haben, demselben wieder beigetreten, so daß die Befürchtung, im Innern Deutschland von Neuem Zollgrenzen entstehen zu sehen, gehoben ist.

In Nord-Schleswig giebt sich die dänische Partei alle mögliche Mühe, Adressen zu Stande zu bringen, welche die Loslösung dieses Landestheils von **Schleswig-Holstein** und den Verbleib desselben bei Dänemark verlangen sollen. Bis jetzt fließen aber die Unterschriften noch sehr spärlich, und falls wirklich, wie von einigen Seiten befürwortet wird, jetzt nach dem Abschluß der Friedens-Präliminarien noch eine Volksabstimmung stattfindet, so dürfte sich bald zeigen, daß auch in den nördlichsten Distrikten die Erkenntniß durchgedrungen ist, daß die wahren Interessen des Landes nur durch das Verbleiben bei Schleswig-Holstein gefördert werden.

Mecklenburg. Bekanntlich hat selten eine Verordnung, welche anscheinend rein polizeilicher Natur ist, solches Aufsehen gemacht als das vielbesprochene mecklenburgische Prügelgesetz, und fast alle deutschen Zeitungen, welche nicht im Solde der ärgsten Reaktion stehen, haben dem Unwillen des Volkes über dieses Gesetz Ausdruck gegeben. Wie man jetzt hört, haben einige von den Rittergutsbesitzern, deren Namen vielfach bei den Besprechungen des Prügelgesetzes und seiner Folgen genannt worden sind, gegen eine Anzahl von Zeitungsredaktionen Klage wegen Verleumdung und Beleidigung erhoben. Einer derselben hat, um seine gekränkte

Ehre wiederherzustellen, von einer einzigen Zeitungsredaktion einen Schadenersatz von 4000 Thlr. verlangt. Wenn der edle Herr alle Redaktionen, welche sich mit seinen Heldenthaten beschäftigt haben, auf gleiche Weise in Anspruch nimmt, so kann er sich auf diese Weise ein recht hübsches Vermögen erwerben.

In **Bremen** regt sich eine große Partei, welche einen theilweisen Anschluß des Stadtgebietes an den deutschen Zollverein durchsetzen möchte. Die fortwährend neu entstehenden hannöverschen Handelsplätze, welche den Binnenhandel ganz an sich zu reißen drohen, sind der nächste Anlaß zu diesen Bestrebungen. Hoffentlich wird sich in Hamburg recht bald gleichfalls das Bedürfniß und die Neigung zu einem solchen Schritt geltend machen.

Aus dem Großherzogthum **Baden**, welches sich seit vier Jahren, seit dem Tage, wo das Ministerium Stengel dem liberalen Ministerium Lamey Platz machte, der erfreulichsten Fortschritte in der Entwicklung der Gesetzgebung erfreut, arbeitet der Erzbischof von Freiburg mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen das neue Schulgesetz, welches die Schule ganz dem Einfluß der Kirche entziehen soll. Allerdings ist die Zuversicht der Partei, welche in dieser Frage zu dem Erzbischof steht, seit jenem Moment gebrochen, wo sie vor vier Jahren den schon für ganz sicher gehaltenen Sieg plötzlich ihren Händen entgleiten fühlten. Nichts destoweniger wird die Regierung ihre ganze Festigkeit aufbieten müssen, um bei der bekannten Zähigkeit dieser Partei den diesmaligen Sturm abschlagen zu können.

In **Württemberg** hatte man an die Thronbesteigung des neuen Königs so manche Hoffnung auf Besserung geknüpft, ja man sprach sogar eine Zeit lang von der Berufung des liberalen badischen Bundestagsgesandten, des Herrn R. v. Mohl in das Ministerium. Jetzt ist diese Hoffnung vollständig getäuscht worden, die alten Minister haben einem Ministerium Platz machen müssen, welches sich durch großdeutsche und ultramontane Gesinnungen auszeichnet.

Die Regierung von **Baiern** soll, wahrscheinlich um der Anerkennung des Königs Georg von Griechenland Seitens Oesterreich die Spitze zu bieten, gesonnen sein, jetzt endlich das Königreich Italien anzuerkennen.

In **Oesterreich** spricht man viel von Unterhandlungen, welche mit Rom wegen Abänderung des bestehenden Konkordats schweben, doch hat es den Anschein, als ob es sich dabei nur um sehr unwesentliche Dinge handle. Solche Abänderungen, wie sie das Volk in Oesterreich wünscht, um den Druck zu beenden, welcher von Rom ausgeübt wird, werden wohl noch lange auf sich warten lassen.

Die Finanznoth ist noch dieselbe wie seit Jahren. Das letzte Anlehen ist noch immer nicht ganz untergebracht, und schon denkt man an ein neues. Wahrscheinlich wird der Verkauf der Staats-Domänen mit nächstem beginnen. Das einzige Mittel, diesem Uebel gründlich abzuhelfen, ist eine Verringerung der Armee, doch scheint man daran nicht zu denken.

Das wiener Kabinet hat jetzt endlich den vom griechischen Volke erwählten König Georg anerkannt. Man sollte glauben, nachdem der eigene Bruder des Kaisers von Oesterreich die Krone von Mexiko aus den Händen des Volkes angenommen hat, hätte kein Grund mehr zur Zögerung vorgelegen.

Ein Schulknabe im Alter von 14 Jahren ist in Wien wegen Hochverraths zu fünfjähriger Kerkerstrafe verurtheilt worden. Er wollte unter seinen Mitschülern einen Geheimbund zur Ermordung des Kaisers stiften. In anderen Staaten erhalten die Kinder für derartige Streiche vom Vater eine Züchtigung.

In **Frankreich** beschäftigt man sich jetzt vorzüglich mit zwei Dingen, mit dem Aufstande in Algerien, der ganz bedeutend an Ausdehnung gewonnen hat und immer neue Truppensendungen nothwendig macht, und mit dem neuen Vertrage mit Italien, durch welchen Frankreich endlich den Zeitpunkt bestimmt hat, nach welchem es dem Papst seinem Schicksal überlassen will.

Der preußische Kriegsminister, welcher den Uebungen im Lager von Châlons beigewohnt hat, hatte dort Gelegenheit Soldaten zu sehen, welche der Dauer ihrer Ausbildung nach etwa den im Gesetz vom 3. September 1814 vorgesehenen Landwehr-Rekruten entsprechen würden. Nach allen Berichten waren die Leistungen derselben ganz vorzüglich, und dürfte somit ein neuer und gewichtiger Beweis für die vollständige Durchführbarkeit dieses Gesetzes gewonnen sein.

Das junge Königreich **Italien**, welches in den fünf Jahren seiner Bildung noch nicht die Ruhe gefunden hat, welche ihm zur Herstellung der nothwendigen Ordnung im Innern nothwendig ist, hat jetzt endlich durch den am 15. September abgeschlossenen Vertrag mit Frankreich die sichere Aussicht erlangt, daß in zwei Jahren die Wünsche aller wahren Patrioten erfüllt, und Rom die Hauptstadt von Italien sein werde. Nach zwei Jahren verlassen die französischen Truppen Rom, und der nur auf seine eigene Armee und die Liebe der Römer als Stütze angewiesene Papst wird alsdann das Schicksal der weltlichen Herrschaft der Kirche nicht mehr aufhalten können. Einstweilen verlegt die italienische Regierung in Folge dieses Vertrages ihren Sitz von Turin nach Florenz, da sich das Bedürfniß herausgestellt hat, daß die Residenz sich mehr im Mittelpunkt des Reiches befinde. In Turin, welche Stadt in Folge dessen ihre ganze Bedeutung verliert und zur Provinzialstadt herabsinkt, haben in Folge dessen heftige Unruhen stattgefunden, bei denen es sogar leider zum Blutvergießen gekommen ist.

In **Spanien** hat eine Ministerveränderung stattgefunden, durch welche ein Ministerium der äußersten Rückschrittspartei, an dessen Spitze der General Narvaez steht, ans Ruder gekommen ist.

In **England** kann man sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß man den Dänen nicht zu Hilfe gekommen ist. Soviel man weiß, hat die Engländer nichts weiter daran gehindert, als ihre Friedensliebe oder vielmehr die Furcht, daß ihr Handel Schaden leiden könnte.

Aus **Amerika** lauten die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz für den Norden zwar günstig, doch läßt sich ein Ende dieses Krieges, welcher schon die ungeheuersten Opfer an Menschen und Geld gekostet hat, noch nicht absehen. Das wichtigste Resultat der letzten Siege ist, daß die im Norden sehr stark vertretene südstaatliche Partei, welche in Folge der vielen Niederlagen hoffte, ihren Kandidaten, Mac Clellan, bei der nächsten Präsidentenwahl durchzusetzen, sehr kleinlaut geworden ist, so daß die Wiederwahl Lincoln's gesichert scheint.

Die Entstehung des Zollvereins.

Es ist heutzutage sehr schwer, sich eine anschauliche Vorstellung von dem wirthschaftlichen Zustande zu machen, in welchem sich unser liebes deutsches Vaterland im Anfange dieses Jahrhunderts befand. So viel Staaten, so viel Zollgrenzen gab es, ja sogar noch mehr, denn in den größeren Staaten waren auch die verschiedenen Provinzen durch Zollschranken getrennt, und was in der einen gefertigt war, mußte, wenn es in der andern verbraucht werden sollte, an der Provinzialgrenze versteuert werden. Damals war das Reisen ein böses und langweiliges Ding, alle paar Meilen wurde man angehalten und nach steuerbaren Waaren unter-

sucht. Und was war nicht steuerbar? — In Preußen z. B. gab es damals eine sogenannte Handlungs-Accise, eine Großhandlungs- und eine Thor-Accise und sogar noch eine Nachschuß-Accise, ferner eine Landkonsumtions-Steuer vom Gemahl, vom Schlachtvieh und Brennmaterial. In jedem Dorfe saß ein Konsumtionssteuer-Erheber und überall reisten Konsumtionssteuer-Offizianten herum, die berechtigt waren, jeden Wagen anzuhalten und jedes Haus zu untersuchen, denn Jedermann war verpflichtet, die Steuer-Quittungen sorgfältig aufzubewahren, um dadurch den Nachweis zu führen, daß seine Vorräthe versteuert waren. Alles war besteuert; sogar für Mauersteine, die im Inlande gefertigt waren, mußte man bei ihrer Ueberführung in einen andern Steuerbezirk eine Abgabe zahlen. — War, wie erwähnt wurde, schon das Reisen unter solchen Umständen nicht angenehm, besonders da auch für jeden guten Wagen und von den Wagenpferden, ja selbst für den Kutscher eine Steuer bezahlt werden mußte — so leuchtet ein, wie nachtheilig erst diese Zustände auf den Volkswohlstand wirken mußten. Jeder saß in seiner Heimath wie auf einer wüsten Insel. Was er brauchte, mußte er selbst erzeugen*), und was er durch seinen Fleiß erzeugte, war er gezwungen in nächster Nähe um geringen Gewinn zu verkaufen, denn wohin er seine Waare auch führte, überall mußte er hohen Zoll bezahlen. Eine weitere Folge dieser Zustände war es, daß der Staat, trotz der vielen und hohen Steuern, welche das Volk drückten, doch nur wenig einnahm. Denn die Steuerkraft des Volkes ist nicht unerschöpflich und jede Ueberspannung der Steuern hindert die Erzeugung der steuerbaren Waaren. Außerdem war aber die Erhebung der Steuern sehr theuer, da man dazu so außerordentlich viele Beamte brauchte, deren Gehalt einen unverhältnißmäßigen Theil der Einnahme verschlang, so daß für den Staat gar wenig übrig blieb. — Die verkehrten Einrichtungen brachten dem Ganzen also keinen Nutzen und dem Einzelnen unendliche Quälerei und Schaden.

Wirthschaftliche Zustände gleich den geschilderten vermag ein Land kaum in gewöhnlichen Zeiten zu ertragen, außerordentlichen Ereignissen gegenüber muß es natürlich vollkommen hülflos sein. Dies zeigte sich in Preußen sehr bald nach dem Ausbruch der Napoleonischen Kriege. In unglaublich kurzer Zeit waren alle Hülsquellen des niedergeworfenen Staates versiegt, das Land war verarmt, oder richtiger, das bisher übertünchte Elend des Volkes trat zu Tage. Der gänzliche Untergang Preußens in Armuth und Knechtschaft schien unvermeidlich. In dieser tiefsten Noth übergab König Friedrich Wilhelm III. dem großen Minister Stein die Leitung der Staatsgeschäfte. Er und sein Nachfolger Hardenberg gründeten den preußischen Staat von neuem. Die bisherigen Verwaltungsgrundsätze wurden ganz über den Haufen geworfen. Schon in den Jahren 1810 und 1811 wurden die unzähligen, das Volk drückenden Steuern und Zölle auf eine kleinere Zahl und eine geringere Höhe beschränkt. Als aber die Franzosenkriege endlich mit unsäglicher Anstrengung glücklich beendigt waren, da zeigte es sich, daß man noch weiter gehen müsse. Im Jahre 1820 wurde eine neue Regelung der Abgaben und des Zolltarifs vorgenommen. Der letztere wurde nach dem Grundsatz festgestellt, daß kein Zoll so hoch sein dürfe, um dem Volke in Folge der durch ihn erzeugten Vertheuerung die Benutzung einer Waare nur in beschränktem Maße möglich zu machen. Die im Jahre 1811 erfolgte Beseitigung der Zollschranken zwischen den Provinzen erschien bald nicht mehr genügend; man machte daher den Versuch, auch die Zollgrenzen zwischen den deutschen Bundesstaaten zu Fall zu bringen, und trat im Jahre 1823 in Verhandlungen über diesen Zweck.

*) Eine ältere Verwandte, die mit ihrer ganz wohlhabenden Familie auf dem Lande lebte, hat dem Schreiber dieses oftmals erzählt, wie sie sich ihre Schuhe damals selbst habe nähen müssen.

Es dauerte ziemlich lange, ehe diese Unterhandlungen ein[en] Erfolg hatten, und erst das Jahr 1833 darf man als d[as] Stiftungsjahr des deutschen Zollvereins ansehen, obsch[on] selbst damals noch lange nicht alle zum heutigen Zollver[eine] gehörigen Staaten sich demselben angeschlossen hatten.

In wenigen Worten lassen sich die segensreichen Folg[en] des Zollvereins darstellen. Im Jahre 1837 umfaßte [er] 8110 Quadratmeilen mit 26 Millionen Einwohnern. 18[..] wohnten auf derselben Fläche $32\frac{1}{2}$ Millionen Mensch[en]. 1837 betrugen die Zoll-Einnahmen 17 Millionen Tha[ler], 1862 aber $25\frac{3}{4}$ Millionen.*) Zur Zeit der Stiftung d[es] Zollvereins gab es keine Meile Eisenbahn in Deutschlan[d]. Heute werden allein im Zollverein fast zweitausend Mei[len] Eisenbahnen befahren.

Alle diese Thatsachen sprechen für den Fortschritt, welch[en] der Wohlstand unseres Volkes seit der Gründung des Zo[ll]vereins gemacht hat, nichtsdestoweniger hätte er noch größ[er] sein können. Was die volle Entwicklung gehemmt hat, d[ar]über wollen wir ein anderes Mal sprechen.

Sprechsaal.

Wie schreibt man unwiderleglich? Gewöhn[lich] pflegt man anzunehmen, daß man nur dann unwiderleg[lich] schreiben kann, wenn jeder Gedanke, den man zu Pap[ier] bringt, seinen Ursprung in den ewigen Grundsätzen [der] Wahrheit und des Rechtes hat. Wir möchten wissen, ob [die] Provinzial-Korrespondenz vielleicht die Ansicht hat, daß di[ese] Grundsätze für sie unverwendbar sind? Jedenfalls ersche[inen] ihr unser Mittel ungenügend, und sie versucht es daher [mit] einem anderen, indem sie sich vor ihren Gegnern verste[ckt]. Jeder Liberale, der auf die Korrespondenz abonniren [will], wird zurückgewiesen und kann das Blatt für sein Geld n[icht] bekommen. Offenbar zeigt die Provinzial-Korrespondenz du[rch] dieses Verfahren, daß sie den wesentlichsten Zweck der Pre[sse], durch öffentliche Besprechung die richtige Erkenntniß [der] Dinge anzubahnen, nicht gelten lassen will. Wenn sie [da]gegen ihr Blatt unter den Landleuten freigebig verthei[len] und eifrig verbreiten läßt, so scheint sie in dem Wahne [be]fangen, daß dieselben nicht selbständig urtheilen, sondern [sich] durch fremde Einflüsse willkürlich beherrschen lassen. [Uns] erscheint allerdings ein solcher Zweifel an der Urtheilsk[raft] der Leser in Preußen sehr ungerechtfertigt und für un[ser] Volk beleidigend; aber es bietet den Vortheil, jede Wi[der]legung scheinbar unmöglich zu machen. Wir vertrauen [um]gekehrt auf die Urtheilskraft unserer Leser, und un[ser] Blatt soll darum Jedem zugänglich sein.

*) Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Jahre 1[8..] der Zollverein durch den inzwischen erfolgten Beitritt des Ste[uer]vereins (Hannover und Oldenburg) vergrößert war.

Anfragen, welche ebenso wie alle andern Zusendungen postfrei erbeten werden, sol[len], sobald sie Angelegenheiten von allgemeinem Interesse betreffen, möglichst bald und ausführlich beantwortet wer[den].

Die Redaktion der Verfassung.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften bitte zu adressiren: Herrn Dr. G. Lewinstein.

fr. Berlin, Mittelstr. 62. 1

Druck und Verlag von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Dr. G. Lewinstein in Be[rlin].